

KOMPAKT

BM 01.06.11

Landrat Menzel soll für mehr Sicherheit auf Schulwegen sorgen

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die WNKUWG-Fraktion fordert jetzt den Chef der Kreispolizeibehörde, Landrat Rolf Menzel, auf, seine Beamten in Wermelskirchen zu einer „konzertierten Aktion“ zu bewegen, um für mehr Sicherheit im Bereich der Schulwege zu sorgen. Nach Darstellung des Stadtverordneten Stefan Kind werde im Umfeld der Schulen gegen Tempo 30 verstoßen, wartende Fußgänger an Zebrastreifen ignoriert und rücksichtslos gehalten, damit aus Fahrzeugen ein- oder ausgestiegen werden könne. Als „Paradebeispiel“ nennt Kind die Schillerstraße mit ihren zahlreichen Schulstandorten, wo man „täglich alle Verstöße auf wenigen hundert Metern“ beobachten könne.

FRAGE DES TAGES

→ FRAGE DES TAGES

GESTERN HABEN WIR SIE GEFRAGT

Sollte die Polizei verstärkt an den Schulwegen kontrollieren?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT

JA 97 Prozent
NEIN 3 Prozent



WNKUWG will Prüfung von Dichtheit aussetzen

BM 10.06.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Ratsfraktion von WNKUWG schließt sich jetzt der Forderung des rheinisch-bergischen Bundstagsabgeordneten und FDP-Kreisvorsitzenden Christian Lindner an, die Dichtheitsprüfung privater Abwasseranlagen sofort auszusetzen. In einem Antrag der Fraktion an den Stadtrat heißt es, in einer entsprechenden Resolution den Landtag von NRW aufzufordern, die Fristen zur Überprüfung privater Abwasseranschlüsse aufzuheben oder mindestens auszusetzen, bis eine bundeseinheitliche Regelung vorliege.

Bis zur Vorlage eines einheitlichen Bundesgesetzes, so die Ratsfraktion, soll die Stadtverwaltung Wermelskirchen sämtliche Aktivitäten zur Ausgestaltung und zur Verabschiedung weiterer Satzungen zur Dichtheitsprüfung ruhen lassen.

Die Hausbesitzer in Wermelskirchen müssen bis spätestens 2023 auf eigene Kosten nachweisen, dass ihre Zuleitungen zum öffentlichen Kanalnetz dicht sind. Wer in einer Wasserschutzzone wohnt – und davon sind rund 1800 Grundstücke

betroffen – muss seine Leitungen bis 2015 überprüfen lassen. Die anderen, etwa 6000 Anschlüsse sind erst nach 2015 dran. Experten sind der Ansicht, dass rund 60 Prozent aller privaten Abwasserkanäle undicht sind. Dadurch wird das Grundwasser verunreinigt. Es gelangt aber auch Regenwasser in den Abwasserkanal und wird in der Kläranlage gereinigt: Das ist mit hohen Kosten verbunden.

„Belastungen unnötig“

Lindner wie auch die WNKUWG argumentieren, dass die finanziellen Belastungen der Bürger unnötig steige. NRW sei eines der vier Bundesländer, die die landesrechtliche Vorschrift zur Dichtheitsprüfung erlassen habe. Andere Bundesländer verzichteten bereits auf eine solche Prüfung. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Wir verkennen nicht, dass die Notwendigkeit des Gewässerschutzes auch durch den einzelnen Grundstückseigentümer erfolgen muss.“ Es müsse jedoch auch eine Abwägung im Hinblick auf Schaden und Nutzen erfolgen. Eine Beurteilung mit Augenmaß sei notwendig.

BM 10.06.

„Die Haltezone nicht aufheben“

WERMELSKIRCHEN (BM) Angesichts der Diskussion über das Radfahren gegen die Einbahnstraße in der Innenstadt hat gestern der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende Henning Rehse deutlich Position bezogen. Er wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass die derzeitige Halteregelung auf der linken Seite der Telegrafienstraße nicht aufgehoben wird. Denn das befürchtet Rehse angesichts der ersten Ansätze, die er entdeckt haben will. „Ich werde die Geschäftsinhaber und die Kunden unterstützen und Widerstand leisten, falls es Bemühungen gibt, das eingeschränkte Zonenhalteverbot aufzuheben.“ Denn es gebe nach dem Umbau ohnehin eine unbefriedigende Park- und Haltesituation in der Innenstadt: „Das Zonenhalteverbot ist der äußerste Kompromiss. Damit besteht auf der linken Seite der Telegrafienstraße die Möglichkeit des Ein- und Aussteigens, des Be- und Entladens sowie des Tätigens von kleinen Geschäften, die in drei Minuten beendet sind.“ Und so sei es gut und solle so bleiben.

H. Rehse riecht ^{WCA 10.08} da schon Salami

RAD-SPUR Wichtiger, halten zu können.

Die Fahrradspur für den Verkehr gegen die Einbahnstraße dürfe nicht dazu führen, dass hier das Halten auf der linken Seite abgeschafft werden sollte. Das meint der WNK-UWG-Fraktionsvorsitzende Henning Rehse in einer Stellungnahme.

Der macht keinen Hehl daraus, dass er grundsätzlich nichts von Maßnahmen hält, die den Radverkehr im „Bergischen und bergigen Land“ bevorzugt. Begründung: Hier sei das Leistungssport; in Leverkusen, Monheim und Langfeld fahren „Scharen von Radfahrern jeden Alters als Freizeitvergnügen“.

Dass am Rhein viele Menschen Rad fahren und hier nur wenige, habe nichts mit Fahrradfreundlichkeit zu tun, „sondern schlichtweg mit der Frage Ebene oder Berge, Erholung oder Schwitzen“.

Solange freilich solche den Radverkehr privilegierende Maßnahmen nicht schaden

würden, stimme Rehse ihnen ja auch gerne zu – „wie im Fall der Telegrafienstraße“.

Allerdings argwöhnt er hier („Salami-Taktik“), dass die „derzeitige Halte-Regelung auf der linken Seite der Telegrafienstraße in Frage gestellt“ werden sollte. In einem solchen Fall kündete er gestern „hinhaltenden Widerstand an“.

Zonenhalteverbot „äußerster Kompromiss“

Rehse ist sich sicher, die Geschäftsinhaber an der Telegrafienstraße auf seiner Seite zu haben. Das eingeschränkte Zonenhalteverbot sei „der äußerste Kompromiss“.

Durch das Zonenhalteverbot bestünde auf der linken Seite der Telegrafienstraße die Möglichkeit des Ein- und Aussteigens, des Be- und Entladens sowie kleinerer Geschäfte, die in drei Minuten beendet sind. S.11

» Guten Morgen

FRAGE DES TAGES

SAMSTAG HABEN WIR SIE GEFRAGT

Sollte die Ehrenamtskarte in Wermelskirchen eingeführt werden?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT

JA 73 Prozent
NEIN 27 Prozent



DIE NEUE FRAGE

Sollte das Bürgerbüro in Dabringhausen geöffnet bleiben?

Stimmen Sie ab unter

**WWW.RP-ONLINE.DE/
WERMELSKIRCHEN**

BM-Kontakt

Lokalredaktion

Eich 4c

Telefon 0 21 96 72 01-94

Fax: 0 21 96 72 01-29

redaktion.wermelskirchen@

bergische-morgenpost.de

Urlaubs- und Zustellservice

0180 - 2 00 20 30 (0,06 Euro je Gespräch

aus dem deutschen Festnetz)

Montag bis Freitag 6.30 bis 16 Uhr,

Samstag, 6.30 bis 12 Uhr.

www.rp-online.de

Karte für Ehrenamtliche

^{BM 11.08.11}
WERMELSKIRCHEN (tei.-) Henning Rehse hält an seinem Vorhaben fest, die Ehrenamtskarte in Wermelskirchen einzuführen. Damit soll die ehrenamtliche Tätigkeit gewürdigt und honoriert werden – Ehrenamtler würden kleine finanzielle Vorteile genießen. Rehse fordert jetzt den Bürgermeister auf, seine ablehnende Haltung zu überdenken und das Thema auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses (11. Juli) zu setzen.

Der Kommunalpolitiker begründet seinen Antrag damit, dass die fi-

nanzielle Situation der Stadt weitere Einschnitte bei öffentlichen Leistungen erforderlich mache – „insofern wird die Bürgerschaft nicht umhin kommen, zusätzliche Aufgaben mittels ehrenamtlichen Engagements wahrzunehmen“. Dies sollte auch die Stadtverwaltung unterstützen. Der Verein „Freiwilligen-Börse“ würde die administrative Verwaltung der Karte übernehmen; die WNKUWG ihr Büro dafür zur Verfügung stellen; WiW würde bei seinen Mitglieder dafür werben, Vergünstigungen zu gewähren.

BM 11.06.2011

Abriss für neue Parkplätze



WNKUWG würde den **Abriss** dieses Gebäudes begrüßen. BM-ARCHIVFOTO: DÖRNER

WERMELSKIRCHEN (BM) Die WNKUWG-Fraktion will sich dafür einsetzen, dass die Obdachlosenunterkunft an der Berliner Straße/ Ecke Taubengasse abgerissen und der gesamte Bereich neu geordnet wird mit dem Ziel, auf der Freifläche dann Parkplätze anzulegen. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse: „Wir wollen die Menschen nicht aus dem Stadtbild entfernen. Darum geht es hier nicht.“ Die dort lebenden Menschen müssten eine gesicherte Bleibe haben, auch dürfe der Erfolg des sozialen Projektes nicht gefährdet werden. „Aber muss dieses Haus an dieser Stelle stehen?“ Es gehe schlichtweg darum, die dortigen Grundstücksflächen der „Bestimmung zuzuführen, für die sie bereits vor über 30 Jahren von der Stadt angekauft“ wurden. Denn in den 70er Jahren mussten die dort lebenden Bürger ihr angestammtes Haus verlassen, weil der Gebäudeabriss für den Bau einer Parkpalette unmittelbar bevorstanden habe. „Passiert ist aber bis heute nichts!“ WNKUWG begrüße den Neubau, wodurch sich aber die Parkplatzsituation verschlechtere. „Deshalb besteht jetzt dringender Handlungsbedarf.“